

Bodenmüller-Raeder, Anja; Will, Gerhard

Research Report

Thailand in der Sackgasse: Den Konfliktparteien fehlt eine vermittelnde Instanz

SWP-Aktuell, No. 9/2014

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Bodenmüller-Raeder, Anja; Will, Gerhard (2014) : Thailand in der Sackgasse: Den Konfliktparteien fehlt eine vermittelnde Instanz, SWP-Aktuell, No. 9/2014, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255179>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Thailand in der Sackgasse

Den Konfliktparteien fehlt eine vermittelnde Instanz

Anja Bodenmüller / Gerhard Will

Auch nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom Februar 2014 ist kein Ende der innenpolitischen Krise Thailands in Sicht. Vielmehr verdeutlichen die Streitigkeiten um die Durchführung der Wahlen das Ausmaß der gesellschaftlichen Polarisierung. Die Konfliktparteien sind bislang nicht zur Aushandlung von Kompromissen bereit. Überparteiliche Institutionen wären nötig, um zwischen den teils stark divergierenden Positionen der vielfältigen Akteure die notwendigen Kompromisse zu finden. Die thailändischen Verfassungen von 1997 und 2007 sehen zwar solche vermittelnden Institutionen vor. Die jeweils amtierenden Regierungen setzten aber alles daran, die daraufhin geschaffenen Institutionen zu instrumentalisieren. Darum konnten sie sich auch nicht als unabhängige Instanzen profilieren, die in der Lage gewesen wären, einen Ausweg aus der Krise zu weisen.

Die innenpolitische Krise in Thailand hat zum Jahreswechsel 2013/2014 einen neuen Höhepunkt erreicht. Seit Wochen legen die als »Bangkok Shutdown« deklarierten, zum Teil illegalen und gewaltsamen Anti-Regierungsdemonstrationen das öffentliche und politische Leben in Bangkok lahm. Dabei wurden etwa zentrale Verkehrsadern sowie zahlreiche Regierungsgebäude besetzt. Gegen den Protestführer Suthep Thaugsuban und 18 weitere Aktivisten des People's Democratic Reform Committee (PDRC, Volkskomitee für demokratische Reformen) sind bereits Haftbefehle erlassen worden. Allerdings war es den Sicherheitskräften bisher nur vereinzelt möglich, sie zu vollstrecken.

Seit Beginn der Auseinandersetzungen im November 2013 sind etliche Menschen

ums Leben gekommen, mehrere Hunderte wurden verletzt. Die geschäftsführende Regierung der Pheu-Thai-Partei (Partei für Thais) ist bestrebt, ein noch größeres Blutvergießen wie zuletzt bei den Großdemonstrationen im Mai 2010 zu vermeiden.

Unter Interims-Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra, der jüngeren Schwester des 2006 vom Militär gestürzten Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra, verfolgt die Partei eine Deeskalationsstrategie: Sie lässt die Demonstranten einfach gewähren. Ein wichtiges Ziel ist es dabei auch, dem Militär keinen Anlass zum Eingreifen zu bieten und das damit verbundene Risiko eines erneuten Putsches zu meiden.

Die derzeitige politische Instabilität zeigt indes bereits Auswirkungen auf die Wirt-

schaft des Landes. Die Tourismusbranche ist am massivsten betroffen. Die thailändische Tourismusbehörde rechnet mit einem Rückgang der Besucherzahlen um 1,8 Millionen im ersten Quartal 2014 und mit entsprechenden Einbußen in Höhe von rund 82 Milliarden Baht (ca. 1,8 Milliarden Euro). Doch auch andere Sektoren wie etwa die Baubranche melden Verluste. Die Interimsregierung darf in ihrer geschäftsführenden Funktion laut Verfassung keine Programme durchführen, mit denen sie der nachfolgenden Regierung verbindliche Verpflichtungen auferlegen würde. Daher liegen die Auszahlungen für das umstrittene Reis-subsventionsprogramm (siehe unten, S. 5) ebenso auf Eis wie verschiedene großangelegte Infrastrukturprogramme. Angesichts der negativen Konsequenzen der politischen Krise hat die thailändische Zentralbank den prognostizierten Wert für das Wirtschaftswachstum 2014 von vier auf drei Prozent nach unten korrigiert.

Umstrittene Parlamentswahlen

Die Auseinandersetzungen um die Durchführung der vorgezogenen Parlamentswahlen am 26. Januar (Vorwahl) und am 2. Februar (Hauptwahl) verdeutlichen einmal mehr, in welchem hohem Maße die Gesellschaft polarisiert ist.

Die auf den Straßen Bangkoks demonstrierenden Vertreter des PDRC hatten zum Boykott der Wahlen aufgerufen. Die größte parlamentarische Oppositionskraft, die Democrat Party (Demokratische Partei), schloss sich dem Boykott an und ließ sich erst gar nicht für die Wahl registrieren. Damit verweigerte sie bereits zum zweiten Mal nach 2006 ihre Teilnahme. Anders als der Name vermuten lässt, hegt die älteste Partei Thailands grundsätzlich wenig Vertrauen in die Abhaltung demokratischer Wahlen. Dies mag damit zusammenhängen, dass sie seit mehr als zwanzig Jahren keine parlamentarische Mehrheit mehr gewinnen konnte.

Von Seiten der PDRC und der Demokratischen Partei wurde bis zuletzt versucht,

die Wahlen zu verhindern, indem sie das Verfassungsgericht und die Wahlkommission einschalteten. Das Mantra der Demonstranten lautete »Reformen vor Wahlen«. Kernpunkte ihrer Forderungen waren: die Aufschiebung der Wahlen für etwa anderthalb Jahre, der endgültige Rücktritt der Yingluck-Regierung, die Einsetzung eines zu ernennenden Volksrates aus »guten Menschen« sowie die Umsetzung politischer Reformen. Konkrete Reformvorschläge wurden aber bis heute nicht artikuliert.

Trotz massiven öffentlichen Drucks hielt die geschäftsführende Ministerpräsidentin Yingluck an der Abhaltung der Parlamentswahlen fest. Zum einen sah sie keine verfassungsrechtliche Grundlage für eine Verschiebung des Wahltermins. Zum anderen wollte sie eindeutig signalisieren, dass die parlamentarische Demokratie in jedem Fall aufrechterhalten wird. Die Pheu-Thai-Partei erhoffte sich von der Wahl aber auch eine Erneuerung ihrer Legitimität, eine nach eigenem Verständnis wichtige Voraussetzung, um politische Reformen zu realisieren. Das Motto der Regierungspartei lautete dementsprechend »Wahlen vor Reformen«.

So ging es bei der Abstimmung weniger um einzelne Personen, Parteien oder Programme, sondern vor allem darum, sich *gegen* oder *für* die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Demokratie zu positionieren. Obwohl allgemeine Wahlpflicht herrscht, lag die landesweite Wahlbeteiligung bei lediglich 47,72 Prozent. Das ist ein massiver Rückgang im Vergleich zu den vorherigen Parlamentswahlen. 2007 und 2011 lag die Beteiligung bei jeweils rund 75 Prozent. Dass so viele Menschen nicht zur Wahl gingen (52,28 Prozent), kann teilweise als *Votum gegen* die Aufrechterhaltung des elektoralen Systems und damit *gegen* die Abhaltung demokratischer Wahlen gewertet werden. Teilweise lässt sich die hohe Zahl an Nicht-Wählern aber auch als Konsequenz der massiven Blockaden und der Angst vor gewaltsamen Auseinandersetzungen erklären. Vertreter der Opposition haben sowohl bei den Vorwahlen am

26. Januar als auch bei den Hauptwahlen am 2. Februar Wähler an ihrer Stimmabgabe gehindert oder auch Wahllokale besetzt und geschlossen. So konnte in 18 der insgesamt 77 Provinzen nur eingeschränkt bzw. überhaupt nicht gewählt werden. Laut Verfassung müssen für die Konstituierung eines neuen Parlaments mindestens 95 Prozent der insgesamt 500 Sitze besetzt werden. Würde dieses Ziel verfehlt, entstünde ein politisches Vakuum mit schwer vorhersehbaren Folgen.

Eine große Zahl von Wählern (16,69 Prozent) machte von der Möglichkeit Gebrauch, pauschal gegen alle Kandidaten mit Nein zu stimmen. Ihr Votum kann als klare Positionierung für die Aufrechterhaltung des parlamentarischen Systems interpretiert werden. Konkret handelt es sich um Wähler, die ihr Recht auf politische Partizipation ausüben wollen, sich aber gleichermaßen gegen die Politik von Yingluck wie die von Suthep aussprechen.

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es noch kein offizielles Wahlergebnis. Die Wahlkommission hat für den 2. März Nachwahlen angekündigt und erklärt, sie werde das Ergebnis erst in deren Anschluss veröffentlichen.

Die Auseinandersetzung über die Wahl war mit deren Abhaltung aber noch keineswegs beendet. Unmittelbar nach Schließung der Wahllokale verlagerten die Konfliktparteien ihren Streit auf die juristische Ebene. So reichte die Opposition mehrere Beschwerden beim Verfassungsgericht ein, um die Wahl nachträglich für ungültig erklären zu lassen. Dabei brachte sie vielfältige Argumente gegen die Rechtmäßigkeit der Wahlen vor: Sie seien unter einem Ausnahmezustand abgehalten worden, die Regierung habe es nicht geschafft, die Wahlen landesweit an einem einzigen Tag durchzuführen, oder die Regierung habe sich geweigert, der Empfehlung der Wahlkommission nachzukommen und den Wahltermin zu verschieben.

Die Pheu-Thai-Partei und Yingluck sahen die Wahlen dagegen als rechtmäßig an und beriefen sich auf die Aufgaben einer geschäftsführenden Regierung. Als solche

sei sie verfassungsrechtlich verpflichtet, innerhalb von 60 Tagen nach Auflösung des Parlaments Wahlen durchzuführen.

Das Verfassungsgericht hat den Disput über die Rechtmäßigkeit der Wahl aber mittlerweile beendet und die Beschwerde der Demokratischen Partei am 12. Februar zurückgewiesen.

Heterogenität der Konfliktparteien

Die starke Polarisierung der politischen Auseinandersetzungen lässt leicht übersehen, wie unterschiedlich die Kräfte und Interessengruppen sind, die sich in den jeweiligen Lagern zusammengefunden haben.

Regierungslager

Der Großunternehmer und Multimilliardär Thaksin Shinawatra hatte nach dem Schock der Asienkrise, die 1997 in Thailand mit der Abwertung des Baht ihren Ausgang genommen hatte, dem Wunsch vieler Thais nach einem »starken Mann« entsprochen. Tatkräftig, so die Hoffnung, werde er alle Hindernisse beiseite räumen, die Thailand den Weg in eine prosperierende Zukunft versperren.

Die von Thaksin gegründete Thai-Rak-Thai-Partei (TRT, Thais lieben Thais) verfolgte konsequent eine populistische Strategie. Seine Anhänger gewann er durch Einrichtung eines bezahlbaren Gesundheitssystems und mit großzügigen Kreditprogrammen. Damit hat er das Leben von Millionen Thais spürbar verbessert. Zwischen 2000 und 2009 sank die Zahl derjenigen, die unter der Armutsgrenze leben, und zwar im Nordosten um mehr als vier Millionen und im Norden um eine Million Menschen. Bei den Parlamentswahlen 2001 und 2005 errang Thaksin überwältigende Siege und wurde Thailands erster Ministerpräsident, der sein Amt über zwei volle Legislaturperioden ausübte.

Auch wenn die absolute Armut in den ländlichen Regionen seit einigen Jahren rückläufig ist, bleibt die im Vergleich zu Bangkok relative Armut ein wichtiges Argu-

ment der Thaksin/Yingluck-Anhänger. Bereits 2006 hatte sie sich unter dem Dach der United Front for Democracy against Dictatorship (UDD) zusammengeschlossen, besser bekannt als »Rothemden«.

Ein Blick auf die Einkommen der Teilnehmer an den Pro- und Anti-Regierungsdemonstrationen lässt die sozioökonomische Ungleichheit der Konfliktparteien erkennen. Nach einer Umfrage der Asia Foundation verdienen rund 63 Prozent der Anti-Regierungsdemonstranten und Mitglieder der PDRC mehr als 30 000 Baht pro Monat (ca. 680 Euro); etwas 32 Prozent dieser Gruppe verdienen sogar mehr als 60 000 Baht (ca. 1360 Euro) im Monat. Dagegen gaben 56 Prozent der Pro-Regierungsdemonstranten und Mitglieder der UDD an, weniger als 30 000 Baht (ca. 680 Euro) pro Monat zu verdienen; etwa 42 Prozent dieser Gruppe verdienen nach eigenen Angaben monatlich sogar weniger als 20 000 Baht (ca. 450 Euro).

So findet sich im Regierungslager eine eher heterogene Allianz. Thaksins Politik hat nicht nur das Leben der sozio-politisch und wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerung spürbar verbessert, sondern auch deren Bewusstsein geschärft, dass ihre Stimme zählt und dass die Regierung auf ihre Interessen Rücksicht nehmen muss. Andererseits ist die Pheu-Thai-Partei aber auch den Interessen von Thaksins wirtschaftlichem Imperium verpflichtet. Die von ihm betriebene Öffnung Thailands gegenüber dem Weltmarkt kommt seinen ökonomischen Interessen zweifellos entgegen. Seine Wähler wird diese Öffnung jedoch einer wirtschaftlichen Konkurrenz aussetzen, der sie ohne staatliche Subventionen nicht gewachsen sind.

Anti-Regierungslager

Im Kampf gegen Thaksin wie auch gegen seine Schwester Yingluck haben ebenso unterschiedliche Gruppen zueinander gefunden. Die Mitglieder der traditionellen Elite und des alten politischen Establishments aus Bürokratie, Teilen des Militärs

und des Privy Council (Kronrates), die ihre Herrschaft vor allem mit der Loyalität zum Königshaus legitimiert hatten, wurden in Gestalt Thaksins mit einer völlig neuen politischen Konkurrenz konfrontiert. Sie sahen in ihm einen Emporkömmling, der ihre überkommenen Privilegien bedroht.

Durch seine rigorose Machtausübung und die zusehends schonungslosere Unterdrückung all seiner Kritiker machte er sich auch andere Gruppen zum Feind. Etwa jene, die in den achtziger und neunziger Jahren die demokratische Transformation Thailands und die schrittweise Beschneidung der Macht traditioneller Eliten vorangetrieben hatten. Diese städtischen Mittelschichten prangerten Thaksins korrupte Amtsführung und Vetternwirtschaft an.

Skrupellos setzte Thaksin seine politische Macht ebenfalls dazu ein, wirtschaftliche Konkurrenten beiseite zu drücken, darunter einige frühere Parteigänger, und sein Wirtschaftsimperium immer weiter auszubauen. Für kleinere und größere Unternehmer ist er der übermächtige und brutale Konkurrent, der sie vom Markt drängt.

Der jüngsten Protestbewegung schlossen sich auch Kautschukbauern aus dem Süden an, der traditionellen Hochburg der Demokratischen Partei. Angesichts fallender Kautschukpreise forderten sie von der Regierung Subventionen für ihr Produkt.

Seit Anfang Februar nehmen zudem die Reisbauern an den Anti-Regierungsprotesten in der Hauptstadt teil. Zuvor hatten sie schon wochenlang in den Provinzen protestiert, um auf ihre prekäre finanzielle Lage aufmerksam zu machen: Seit Monaten haben sie keine Zahlungen aus dem umstrittenen Reissubventionsprogramm mehr erhalten. Die Reisbauern zählen insofern zu den Verlierern der politischen Auseinandersetzungen. Mit der Verlagerung ihrer Proteste nach Bangkok haben sie auch ihre Forderungen geändert. Die Reisbauern, die sich mittlerweile offiziell den Demonstrationen der PDRC angeschlossen haben, verlangen neben der Auszahlung ihrer Prämien nun auch den Rücktritt der Yingluck-Regierung. Die neue Verbindung zwischen

Reisbauern und PDRC-Mitgliedern veranschaulicht einmal mehr die Heterogenität der Konfliktparteien.

Das Reissubventionsprogramm könnte der Pheu-Thai-Partei und Yingluck selbst zum Verhängnis werden. Sie hatte das milliardenschwere Programm im Oktober 2011 als ein Herzstück ihres Regierungsprogramms eingeführt. Die Grundidee dieser populistischen Initiative war es, den thailändischen Bauern ihr Produkt zu einem Preis abzukaufen, der etwa 50 Prozent über dem gängigen Marktpreis liegt, und den Reis in staatlichen Lagerhallen aufzubewahren. Durch die Verknappung des Angebots erhoffte sich die Regierung nicht zuletzt, Einfluss auf den Weltmarktpreis nehmen zu können. Zu diesem Zeitpunkt war Thailand noch der weltweit größte Reisexporteur. Ihre Hoffnung blieb jedoch unerfüllt, da andere Exporteure wie Vietnam und Indien Thailand ablösten. Das Thailand Development Research Institute prognostiziert als Folge dessen jährliche Verluste von etwa 200 Milliarden Baht (etwa 4,5 Milliarden Euro). Kritik an diesem Programm kommt nicht nur von der Opposition in Thailand, sondern auch von internationalen Akteuren wie der Weltbank: Das Programm begünstige zu wenige Kleinbauern, sei zu kostspielig und verlustreich.

Die Regierung hat durch die Aussetzung der Zahlungen nicht nur das Vertrauen eines großen Teils ihrer Wählerbasis verloren, sie sieht sich auch mit juristischen Problemen konfrontiert. Die Anti-Korruptionsbehörde hat bereits Anklage wegen fahrlässiger Pflichtverletzung gegen Yingluck erhoben. In letzter Konsequenz könnte dies zu einem Amtsenthebungsverfahren gegen die geschäftsführende Ministerpräsidentin und letztendlich zur Auflösung der Pheu-Thai-Partei führen.

Gespaltener Akteur: das Militär

Die Armee, die eng mit dem Königshaus verbunden ist, bestimmte seit Einführung der konstitutionellen Monarchie im Jahre 1932 maßgeblich die politische Entwick-

lung Thailands. Seit 1932 gab es insgesamt 18 Militärputsche gegen eine bestehende Regierung, zum letzten Mal 2006. Auch in jüngster Zeit wurde wiederholt die Erwartung geäußert, dass die Armee die anhaltenden Auseinandersetzungen durch einen erneuten Militärputsch beenden werde. Die Armeeführung hat bislang aber kaum Bereitschaft erkennen lassen, dieser Erwartung zu entsprechen. Hat doch die letzte Erfahrung von 2006 gezeigt, dass es für das Militär zwar relativ einfach ist, die Macht zu übernehmen. Nach einem Putsch aber muss das Militär die vielfältigen Probleme eines Landes lösen, dessen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ihm Steuerungsfähigkeiten abverlangt, über die es nicht im erforderlichen Umfang verfügt.

Abgesehen davon ist auch die Armee keine monolithische Organisation mehr, wie sie es noch bis in die neunziger Jahre war. Während seiner Regierungszeit hat Thaksin gezielt und planmäßig militärische Führungspositionen mit seinen Gefolgsleuten besetzt. In Thailand spricht man von den »Wassermelonen«, die außen grün sind und innen rot – die Farbe des Thaksin-Lagers. Ein Putsch könnte die Armee daher einer gefährlichen Zerreißprobe aussetzen. Zuletzt ist auch der Versuch von Oberbefehlshaber Prayuth gescheitert, Gespräche zwischen Regierung und Protestbewegung zu vermitteln. Suthep, Anführer der Protestbewegung, hatte sich schlicht geweigert, der Einladung Prayuths Folge zu leisten.

Ein gemeinsamer Gegner als verbindendes Element

Bei solch uneinheitlichen Koalitionen lassen sich schwerlich gemeinsame Interessen und Ziele definieren. Ein gemeinsamer Gegner oder ein gemeinsames Feindbild kann jedoch auch heterogenen Koalitionen die notwendige Geschlossenheit verschaffen. Für die derzeit auf den Straßen Bangkoks protestierende Oppositionsbewegung erfüllt Thaksin diese Funktion. Seine Schwester, Ministerpräsidentin Yingluck, und alle anderen Regierungsvertreter

sind nur Marionetten in Thaksins Händen, der vom Ausland aus alle Fäden zieht. Seit seiner Flucht aus Thailand im August 2008 lebt er im selbstgewählten Exil in Dubai und anderen Ländern.

Die Regierungsanhänger haben kein solches personifiziertes Feindbild. Sie benennen ihren Gegner mit dem thailändischen Begriff »Ammart«, der für das zuvor beschriebene traditionelle politische Establishment steht. Aus ihrer Sicht sind dies all jene Kräfte, die ihre Besitzstände und ihre angestammten Privilegien mit allen Mitteln verteidigen. Außerdem seien sie nicht bereit, die Mehrheit der Bevölkerung als Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten anzuerkennen, weil sie nach ihrer Meinung zu »ungebildet« und daher »unreif« für die Demokratie sind.

Derartige Feindbilder entfalten ihre Wirkung aber nicht durch rhetorische Wiederholungen, sondern im Zuge militant ausgetragener Konflikte. Sie werden bestärkt, wenn wichtige Etappenziele erreicht werden oder ein höheres Niveau der Gewalt die Geschlossenheit der eigenen Reihen zwingend erfordert. Druck von außen schweißßt das jeweilige Lager zusammen.

Kein Raum für Kompromisse

In einer derartigen Konfliktkonstellation ist wenig Raum für Kompromisse. Ginge man sie ein, würden sie zumindest einen Teil der Anhänger enttäuschen und damit auch die Differenzen im eigenen Lager verdeutlichen und vertiefen.

Verhandlungen unter Gleichberechtigten sind schwerlich mit den hierarchischen Denk- und Ordnungsvorstellungen zu vereinbaren, die innerhalb der thailändischen Gesellschaft herrschen. Das Aushandeln und Eingehen von Kompromissen wird als politische Schwäche gewertet. Wer Zugeständnisse macht, läuft Gefahr, sein Gesicht zu verlieren. Stattdessen dreht sich die meist emotionale Rhetorik um Sieg und Niederlage. Selbst wer eine Niederlage einstecken muss, kann sein Gesicht wahren, sofern er den eigenen Positionen treu geblieben ist.

Mitte der neunziger Jahre zeigten sich zwar in Bangkok erste Ansätze einer politischen Kultur, die stärker auf Aushandlungsprozesse setzt. Dieses Phänomen beschränkte sich jedoch auf Verhandlungen zwischen den neu entstandenen Mittelschichten und den alten Eliten. Die Bevölkerung in den ländlichen Regionen hatte keine Möglichkeit, ihre Bedürfnisse und politischen Forderungen geltend zu machen und darüber zu verhandeln.

Thaksin hielt schon damals wenig von dieser neuen Kompromisskultur. Er richtete den politischen Fokus auf jene Schichten in der thailändischen Bevölkerung, die bis dahin kaum Anteil an der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes hatten. Gestützt auf diese breite Wählerbasis forderte er das traditionelle Establishment der Hauptstadt heraus.

Die alten Eliten wie auch die Mittelschichten in Bangkok tun sich schwer damit, die veränderten Machtkonstellationen zu akzeptieren, und sprechen ablehnend von einer »Tyrannei der Massen«. Diese Gruppen sehen sich nicht länger in einer elektoralen Demokratie vertreten, weil sie auch bei künftigen Wahlen zahlenmäßig in der Minderheit sein würden. Deshalb schlagen sie ein alternatives politisches System vor: einen zu ernennenden Volksrat aus »guten Menschen«. Wer genau als dessen Mitglied in Frage kommt, wurde bisher nicht kommuniziert. Es dürfte sich jedoch vor allem um Vertreter aus deren eigenen Reihen handeln.

Vermittlung durch eine höhere Autorität

Offenkundig sind die Konfliktparteien selbst nicht in der Lage, durch Verhandlungen und Zugeständnisse zu einem gemeinsamen Nenner oder zumindest zu einem Modus Vivendi zu kommen. Angesichts dieser Tatsache bedarf es einer höheren Instanz, einer von den Konfliktparteien anerkannten Autorität, die willens und fähig ist, zwischen den streitenden Parteien

zu vermitteln oder einen Schiedsspruch zu fällen, dem sie sich zu fügen haben.

Im Laufe seiner jahrzehntelangen Regentschaft ist es Thailands König Bhumipol gelungen, der Monarchie und seiner Person wieder hohes Ansehen zu verschaffen. Dieses Ansehen ist unerlässlich, um die Rolle eines obersten Richters und Schlichters zu spielen, wie sie in der Kultur Thailands fest etabliert ist. Mit großem Geschick wurde der König erfolgreich als eine über den Parteien und staatlichen Institutionen stehende Person inszeniert, an die sich im Prinzip jeder Bürger wenden kann, um zu seinem Recht zu kommen. Dass eigentlich nur zwei konkrete historische Beispiele aus den Jahren 1974 und 1992 angeführt werden konnten, in denen der König erfolgreich intervenierte, hat dem Vertrauen und der Hoffnung auf die königliche Vermittler- und Richterrolle lange Zeit kaum Abbruch getan.

In den vergangenen Jahren ist dieses Vertrauen jedoch merklich geschrumpft. Dies liegt zum einen daran, dass der König aufgrund seines fortgeschrittenen Alters und seines schlechten Gesundheitszustandes rein physisch die Mittlerrolle nicht mehr ausfüllen kann. Zum anderen haben führende Vertreter des Königshauses wie die Königin und ihre Tochter Chulabhorn in den Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre klar Position bezogen und aus ihrer Parteinahme für die Thaksin-Gegner keinen Hehl gemacht. Kronprinz Vajiralongkorn wiederum hat mehrfach unmissverständlich seine Sympathien für Thaksin und dessen Anhänger bekundet. Der tiefe Riss, der sich durch Thailand zieht, macht auch vor dem Königshaus nicht Halt, das deshalb schwerlich als vermittelnde Kraft auftreten kann.

Vermittlung durch unabhängige Institutionen

Während der neunziger Jahre ist in Thailand die Einsicht gewachsen, dass eine pluralistische Gesellschaft auf Kompromisse angewiesen ist, die zudem nicht allein durch eine ordnende Hand herbeigeführt

werden können. Institutionalisierte »checks and balances« erscheinen notwendig, unabhängige, vermittelnde Institutionen. Diese Einsichten fanden ihren Niederschlag in der Verfassung von 1997, die auch über die Grenzen Thailands hinaus, etwa in anderen ASEAN-Mitgliedstaaten, als Vorbild galt.

Die praktische Einrichtung der mit der demokratischen Verfassung neu eingeführten unabhängigen Institutionen, wie Verfassungsgericht, Wahlkommission oder Anti-Korruptionsbehörde, scheiterte aber schon in der Anfangsphase. Der erste gewählte Premierminister unter der neuen Verfassung – Thaksin Shinawatra – unterwanderte diese Institutionen durch breit angelegte Korruption und Vetternwirtschaft. Thaksin erkannte die Autorität der Institutionen nicht an. Nach seinem Verständnis wird das politische System am besten von einem starken Mann gesteuert, der sich auf ein breites Wählervotum stützen kann. Ein »politisches Gemauschel mit faulen Kompromissen« ist keine Alternative. Diese De-Institutionalisierung des politischen Systems durch Thaksin hatte weitreichende Implikationen: Sie vereitelte von vornherein jegliche Aussöhnungsbemühungen nachfolgender Regierungen der Demokratischen Partei unter Abhisit wie auch der Pheu-Thai-Partei unter Yingluck.

Indem Thaksin diese vermittelnden Institutionen praktisch aushöhlte, wurden sie nicht nur in ihrer Entwicklung gehemmt, es wurde auch ein problematisches Modell für die Zukunft geschaffen. Auch nach dem Militärputsch gegen Thaksin im Jahre 2006 und der bereits damals proklamierten »Ent-Thaksinierung« erlangten diese Institutionen keinen neutralen Status, sondern wurden fortan vom konkurrierenden Lager für politische Zwecke instrumentalisiert.

Mit der neuen Verfassung von 2007 wurde diese Instrumentalisierung fortgesetzt, wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen. Da nur die Hälfte der Mitglieder gewählt, die andere Hälfte aber ernannt wird, konnten die vorgeblich unabhängigen Institutionen genutzt werden, um Machtverhält-

nisse festzuschreiben, die nicht auf ein Wählervotum gegründet sind. Sie dienen daher weniger dazu, zwischen den politischen Lagern zu vermitteln, als der Kontrolle des einen politischen Lagers über das andere. Belege dafür finden sich in den zahlreichen umstrittenen Verfassungsurteilen der letzten Jahre. So setzte zum Beispiel 2008 das Gericht den gewählten Ministerpräsidenten Samak mit der Begründung ab, er habe aus seiner Nebentätigkeit als Fernsehkoch finanzielle Einnahmen erzielt.

Ausblick

Obwohl die Massenproteste nach den Wahlen am 2. Februar abgeebbt sind und sich die Auseinandersetzungen von der Straße in die von der Verfassung vorgesehenen Institutionen verlagert haben, kann von einer Befriedung der Situation noch keine Rede sein. Nach wie vor sieht eine überwältigende Mehrheit der Thais den politischen Gegner nicht als notwendigen Bestandteil eines Systems, dessen Funktionalität und Stabilität auf dem Prinzip der Konkurrenz beruht. Vielmehr betrachten sie den Gegner eher als »Fremdkörper«, der beseitigt werden muss, um dem Land eine gedeihliche Zukunft zu sichern. Daraus resultiert eine starre, fast ausgeweglos erscheinende Konfliktkonstellation.

Angesichts dessen muss es als ermutigendes Zeichen gewertet werden, dass sich auf sehr unterschiedlichen Ebenen namhafte Persönlichkeiten dafür einsetzen, den Teufelskreis aufzubrechen, der vom herrschenden Freund-Feind-Denken erzeugt wird. Oberbefehlshaber Prayuth hatte sich bemüht, Gespräche zwischen den Konfliktparteien zu ermöglichen, und steht dem Vernehmen nach hinter den Kulissen für Vermittlungen bereit. Renommierter Akademiker Thailands haben den diffusen Vorstellungen von einem ernannten »Volksrat« eine klare Absage erteilt und keinen Zweifel daran gelassen, dass Reformen nur im Rahmen und mit Hilfe eines parlamentarischen Systems Erfolg haben können.

Führende Vertreter der thailändischen Geschäftswelt haben dazu aufgerufen, sich für eine gemeinsame Lösung der gegenwärtigen Krise zu engagieren. Und Wahlkommission und Verfassungsgericht lassen in ihren jüngsten Entscheidungen ein größeres Maß an Unabhängigkeit erkennen, auch wenn ihre Entscheidungen von westlich geschulten Juristen oft schwer nachzuvollziehen sind.

Es ist sicherlich verfrüht, aus diesen Anzeichen das Aufkommen politischer Kräfte abzuleiten, die in der Lage wären, einen Dialog auf Augenhöhe zwischen den beiden Lagern zu ermöglichen und damit einen umfassenden Reformprozess in Gang zu setzen, aus dem langfristig ein tragfähiger gesellschaftlicher Konsens hervorgehen könnte. Mit populistischen Parolen in wenigen Wochen zehntausende Anhänger zu mobilisieren ist zweifellos sehr viel einfacher, als in einem mühsamen Prozess Kompromisse zu schmieden, die keine Partei als strahlenden Sieger erscheinen lassen.

Die EU wie auch ihre einzelnen Mitgliedsländer waren gut beraten, bei diesen Auseinandersetzungen nicht Partei zu ergreifen. Vielmehr haben sie sich darauf beschränkt, die Einhaltung der Prinzipien von Gewaltfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie anzumahnen. Mit lautstarken Erklärungen oder gar Belehrungen von außen wird man hier auch in Zukunft wenig erreichen können. Vielmehr sollten mit Hilfe der existierenden diplomatischen Kanäle all jene Kräfte ermutigt und unterstützt werden, die innerhalb und außerhalb der beiden Lager bereit sind, sich auf jene ebenso schwierigen wie notwendigen Aushandlungsprozesse einzulassen. Besonders Augenmerk sollte jenen Mitgliedern der Demokratischen Partei gelten, die in der Vergangenheit gezeigt haben, dass sie zu einer Politik fähig und willens sind, die einer pluralistischen Gesellschaft wie jener Thailands angemessen ist.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin und des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364